

# B-3

<b>Titel</b>	G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Unterbezirk Saarpfalz
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales

- 1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD
- 2 Eines der ersten Gesetze der SPD-Landesregierung war die Wiedereinführung von G9. Das Bildungspolitik weit  
3 oben auf der Agenda steht, ist ein erstes gutes Zeichen für die laufende Legislatur. Als Jusos möchten wir die  
4 Bildungspolitik und insbesondere die Einführung von G9 inhaltlich begleiten.
- 5 G8 wurde ursprünglich auf Druck von Wirtschaftsverbänden eingeführt, um früher am Markt neue Arbeits-  
6 kräfte zur Verfügung zu haben, sowie Kosten im Schulsystem zu verringern und das Sozialversicherungssystem  
7 hinsichtlich der Altersstruktur zu entlasten. Man versprach sich auch eine Effizienzsteigerung, indem Lehrpläne  
8 entschlackt werden. Diesen Argumenten folgte die CDU-Alleinregierung im Jahr 2007 und führte im Saarland  
9 G8 ein. Nachdem zuletzt auch die CDU Saar ihren Fehler eingesehen hatte, ändert die SPD dies nun. Schü-  
10 ler\*innen soll wieder mehr Zeit für ihre Entwicklung eingeräumt werden.
- 11 Diese Zeit ist aus wissenschaftlicher Perspektive wohl auch nötig. So ergeben Untersuchungen, dass zwar  
12 zwischen G8 und G9 kein großer Unterschied zwischen dem Leistungsniveau, dem Gefühl der Belastung oder  
13 der Studierfähigkeit bei den Schüler\*innen gibt, jedoch wird bei G8 häufiger Nachhilfe in Anspruch genommen  
14 oder die Eltern helfen verstärkt ihren Kindern. Die fehlende Zeit von G8 wird also zum Teil in der Freizeit  
15 kompensiert.
- 16 Dies führt zu verstärkten sozialen Ungleichheiten, da sich zum einen Kinder aus Arbeiter\*innenfamilien im  
17 Vergleich zu Kindern aus Akademiker\*innenfamilien sich Nachhilfe oft nicht leisten können und ihre Eltern  
18 auch nur begrenzt helfen können. Die Herkunft bestimmt den Bildungserfolg, wie man es auch bei Abbildung  
19 1 sehen kann. Gerade in Deutschland ist die soziale Selektivität im internationalen Vergleich mit am Höchs-  
20 ten. Dem kann G9 zum Teil entgegenwirken, jedoch bleibt weiterhin die Qualität von Schule und Unterricht  
21 entscheidend, also die richtigen Rahmenbedingungen und entsprechende Ressourcen.
- 22 Betrachtet man die gesellschaftliche Diskussion, so ist mehr Zeit im Schulsystem wohl auch nötig. Immer wie-  
23 der werden Forderungen erhoben, dass gewisse Lerninhalte jungen Menschen an der Schule beigebracht wer-  
24 den. Was muss ich für die Altersvorsorge tun? Wie bezahlt man Steuern? Was muss man rechtlich beim Mie-  
25 ten einer Wohnung beachten? Alle Wünsche können Schulen sicherlich nicht erfüllen, jedoch sollten gewisse  
26 Themen verstärkt behandelt werden. Bei der teilweisen Überarbeitung der Lehrpläne, aufgrund der Einfüh-  
27 rung von G9, sollten die Chance genutzt werden und Lerninhalte neu gewichtet werden. Betrachtet man die  
28 gesellschaftliche Entwicklung, so stechen gewisse Themen in ihrer Relevanz hervor: politische, digitale und  
29 nachhaltige Bildung.
- 30
- 31
- 32 **1. Politische Bildung**
- 33 In den vergangenen Jahren wird immer wieder eine „Demokratieverdrossenheit“ festgestellt. Die Wahlbetei-  
34 ligungen sinken, die AfD als rechtsextreme Partei ist wiederholt in den Bundestag eingezogen und auch die

35 gesellschaftlichen Debatten scheinen rauer geworden zu sein.

36 Im Saarland gibt es im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich die Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozial-  
37 kunde. Letzteres ist der klassische Politikunterricht. In der Sekundarstufe I sind für das Fach Sozialkunde in  
38 der Gemeinschaftsschule eine Wochenstunde in der neunten und zehnten Klassenstufe vorgesehen. Sollte  
39 das Abitur auf der Gemeinschaftsschule absolviert werden, so ist in der Einführungsphase (Klassenstufe 11)  
40 zwei Stunden Politik vorgesehen. Auf dem Gymnasium sind für Sozialkunde in der neunten und zehnten Klas-  
41 se jeweils zwei Stunden vorgesehen. Je nach Abgangsjahr kann es bei der Gemeinschaftsschule also sein, dass  
42 ein\*e Schüler\*in in nur einer Wochenstunde in einer Klassenstufe etwas zu Politik erfahren hat.

43 In der Hauptphase der Sekundarstufe II des Abiturs (Gemeinschaftsschule: Klassenstufe 12 & 13; Gymnasium:  
44 11 & 12) kann Sozialkunde abgewählt werden oder als Grundkurs dreistündig oder als Leistungskurs fünfstün-  
45 dig belegt werden. Geschichte hat hier einen Sonderstatus und muss mindestens im ersten Jahr der Haupt-  
46 phase belegt werden. Selbst beim Abitur kann es also sein, dass man über drei Jahre nur jeweils zwei Stunden  
47 Sozialkunde hatte. In Anbetracht dessen, wie kompliziert Politik ist, scheint dies zu wenig.

48 Allein das Wahlsystem scheint für viele Menschen heute nicht verständlich. Es beginnt bei der Bundestagswahl,  
49 wo es schon schwer wird genau zu erklären, was die Erst- und Zweitstimme bewirkt und endet bei den Europa-  
50 und Kommunalwahlen. Letztere beiden haben besonders niedrige Wahlbeteiligungen. Dies könnte damit zu-  
51 sammenhängen, dass Menschen nicht wissen, wie z. B. Wahlen von Parteien in Europa funktionieren oder die  
52 Funktion und Rolle der diversen Organe (Rat, europäischer Rat, Kommission, Parlament etc.) unbekannt ist.  
53 Dies ist wohl ähnlich der Fall bei Kommunalwahlen. Letztlich ist dies nur ein Teil des politischen Systems und  
54 sicherlich nicht das einzige relevante Thema, um sich in der heutigen modernen Demokratie zurechtzufinden.  
55 Zwar sind viele Themen schon im Lehrplan enthalten, jedoch ist es nicht ausreichend nur wenige Lehrstunden  
56 zu solchen grundlegenden Themen erhalten zu haben.

57 Nötig ist nicht nur das Wissen, um sich in der Demokratie orientieren zu können, sondern auch die Vermittlung  
58 von Werten. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind das Fundament unserer Verfassung, aber eben auch die  
59 Grenzen dieser gehören dazu. Das Konzept der wehrhaften Demokratie bedeutet, dass beispielsweise trotz  
60 Meinungsfreiheit das Leugnen des Holocaust verboten ist. Das Wissen und die Werte sind Grundlage der De-  
61 mokratie und helfen bei der Orientierung in einer ständig wandelnden Welt.

62 All diese Gründe sprechen gerade aus Perspektive der Sozialdemokratie für eine Ausweitung der Sozialkunde-  
63 unterrichts. Im Zweifel müssen andere Fächer jahrgansweise weniger unterrichtet werden. Ohne ausreichend  
64 Sozialkundeunterricht fehlt die Basis und Maßnahmen gegen die Erosion unserer Demokratie.

65 Politische Bildung sollte früher in der Schule beginnen und auch länger in dieser verankert sein. Gerade im Sin-  
66 ne der Demokratiebildung könnte in der siebten und achten Klassenstufe mit Sozialkunde begonnen werden  
67 und beispielsweise die Möglichkeiten des Schulmitbestimmungsgesetzes aufgezeigt werden, sodass schon  
68 früh demokratische Mitbestimmung konkret aus- und eingeübt werden kann. Näheres kann man auch im  
69 Antrag B2 des Beschlussbuches der Landeskonferenz der Jusos Saar 2019 nachlesen.

70 Gerade Sozialkundeunterricht kann Politik konkret erfahrbar machen. In Wahljahren sollen bspw. Junior\*in-  
71 nenwahlen

72 an Schulen abgehalten werden oder Politiker\*innen zu Podiumsdiskussion eingeladen. Daher

73 müssen politische Amtsträger\*innen, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, mehr Zeit

74 aufbringen, Schüler und Schüler\*innen als Gesprächspartner\*innen zur Verfügung zu stehen.

75 Die Gespräche sollten von Lehrkräften wie einzelnen Schüler\*innen unter hinzuziehen der

76 Schüler\*innenvertretung vorbereitet. Für diese Projekte benötigt es mehr Zeit. Zudem werden in einem guten  
77 Sozialkundeunterricht aktuelle politische Themen besprochen und eingeordnet.

78 Derzeit kann Sozialkunde auch von Lehrkräften unterrichtet werden, die ein gesellschaftswissenschaftliches  
79 Fach wie Erdkunde oder Geschichte studiert haben. Qualitativ ist dies nicht sinnvoll, schließlich haben die Fä-  
80 cher unterschiedliche Inhalte. Entsprechend sollten Sozialkundelehrkräfte auch Politikwissenschaften studiert  
81 haben.

82

## 83 **Digitale Bildung**

Zur digitalen Bildung haben wir Jusos Saar bereits im Jahr 2019 bei der Landeskonferenz 2019 den grundlegenden Beschluss B1 zur digitalen Bildung gefasst. Grundlegend vermittelt digitale Bildung Schlüsselkompetenzen, um in der Gesellschaft und der Wirtschaft von morgen Fuß fassen zu können. Der Umgang mit Programmiersprachen wird ebenso elementar sein, wie die derzeitigen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Um also gegenüber den disruptiven Vorgängen, welche die Digitalisierung hervorbringen wird, gewappnet zu sein, ist es im staatlichen Interesse zukünftige Generationen möglichst effektiv auf kommende Herausforderungen vorzubereiten.

Das Bildungssystem bereitet junge Menschen auf die Herausforderungen der Industrie 4.0 vor, sichert die Erziehung zum mündigen Bürger und ermöglicht die eigene Handlungskompetenz in einer digitalisierten Welt. Entsprechend stellt sich die Frage, wie in Deutschland die Digitalisierung des Bildungssystems gewährleistet werden kann.

Hierbei ist es wichtig das Ziel der Digitalen Souveränität zu erreichen. Dies bedeutet, dass ein jeder Mensch die Möglichkeit hat, digitale Medien selbstbestimmt und unter eigener Kontrolle nutzen zu können und sich an die ständig wechselnden Anforderungen in einer digitalisierten Welt anpassen kann. Dies beinhaltet ebenfalls die Chancen und Risiken, welche die Digitalisierung mit sich bringt, erkennen zu können und einen selbstbestimmten Umgang damit zu finden.

Insofern ist es wichtig, dass digitale Bildung zum einen als Querschnittsthema verankert wird, aber auch, dass das Fach Informatik verstärkt wird.

### **Nachhaltige Bildung**

Ein weiteres Zukunftsthema ist nachhaltige Bildung, gerade wenn man sich die Klimakrise anschaut. Hier gibt es ebenfalls einen grundlegenden Beschluss mit dem Antrag (Hier entsprechende Bezeichnung einfügen), der bei der Landeskonferenz 2018 gefasst wurde.

In den vergangenen Jahren wurden erste Bestrebungen in Deutschland unternommen, um Nachhaltigkeit in der Bildungslandschaft zu verankern. Der Begriff Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist hierzu das passende Schlagwort. Unter BNE versteht man einen Bildungsansatz, welcher die Menschen zu einem zukunftsfähigen Denken und Handeln befähigen soll. Die Themenbereiche erstrecken sich von Naturschutz über Wirtschaft bis hin zur Geschlechtergerechtigkeit und werden immer in einem globalen Kontext gedacht, sowie aus einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension betrachtet.

Konkret sollen die UN-SDGs praktisch in der Bildung verankert werden. Dabei sollen diese nicht nur im Unterricht behandelt werden, sondern auch im Schulalltag eine grundlegende Rolle spielen. Dieser sogenannte Whole School Approach möchte damit die Schulen langfristig strukturell ändern. Trotzdem soll die Bildung für nachhaltige Entwicklung auch im Unterricht als Querschnittsthema eingearbeitet werden. Hierzu sollte nicht nur die zusätzliche Zeit von G9 genutzt werden, sondern generell stärker in der Schule verankert werden. Es bietet sich hier auch das projektbezogene Arbeiten an, wie beispielsweise die Herrichtung von Bienenwiesen oder essbaren Gärten.

### **Forderungen**

Die Jusos Saar fordern:

1. Sozialkunde soll als Unterrichtsfach schon ab der siebten und achten Klassenstufe eingeführt werden. Hier soll ein besonderer Fokus auf Demokratiebildung und die Schulmitbestimmung gelegt werden.
2. Sozialkunde soll in der Sekundarstufe ähnlich wie das Fach Geschichte nicht abgewählt werden dürfen und sollte mindestens dreistündig in der elften Klasse unterrichtet werden.
3. Sozialkunde soll nur noch durch Lehrkräfte unterrichtet werden, die entsprechend Politikwissenschaften studiert haben. Ein Erdkunde- oder Geschichtsstudium ist nicht ausreichend. Bei Personalmangel kann fachfremd unterrichtet werden.

4. Forderung zu Informatik entsprechend des Beschlusses einfügen
5. Digitale und nachhaltige Bildung sollen verstärkt als Querschnittsthema in die Unterrichtsfächer aufgenommen werden.
6. Die Wochenstundenzahl von Schüler\*innen soll nicht erhöht werden, sondern andere Fächer sollen in jeweils einer Klassenstufe auf Stunden verzichten.
7. Die Lehrplananpassungen sollen mit Gewerkschaften, Lehrkräften, Eltern und Schüler\*innen abgestimmt werden.

Die Ressourcen von Schulen sollen weiter verstärkt werden, um der sozialen Selektivität entgegenzuwirken.